

POLICY BRIEF

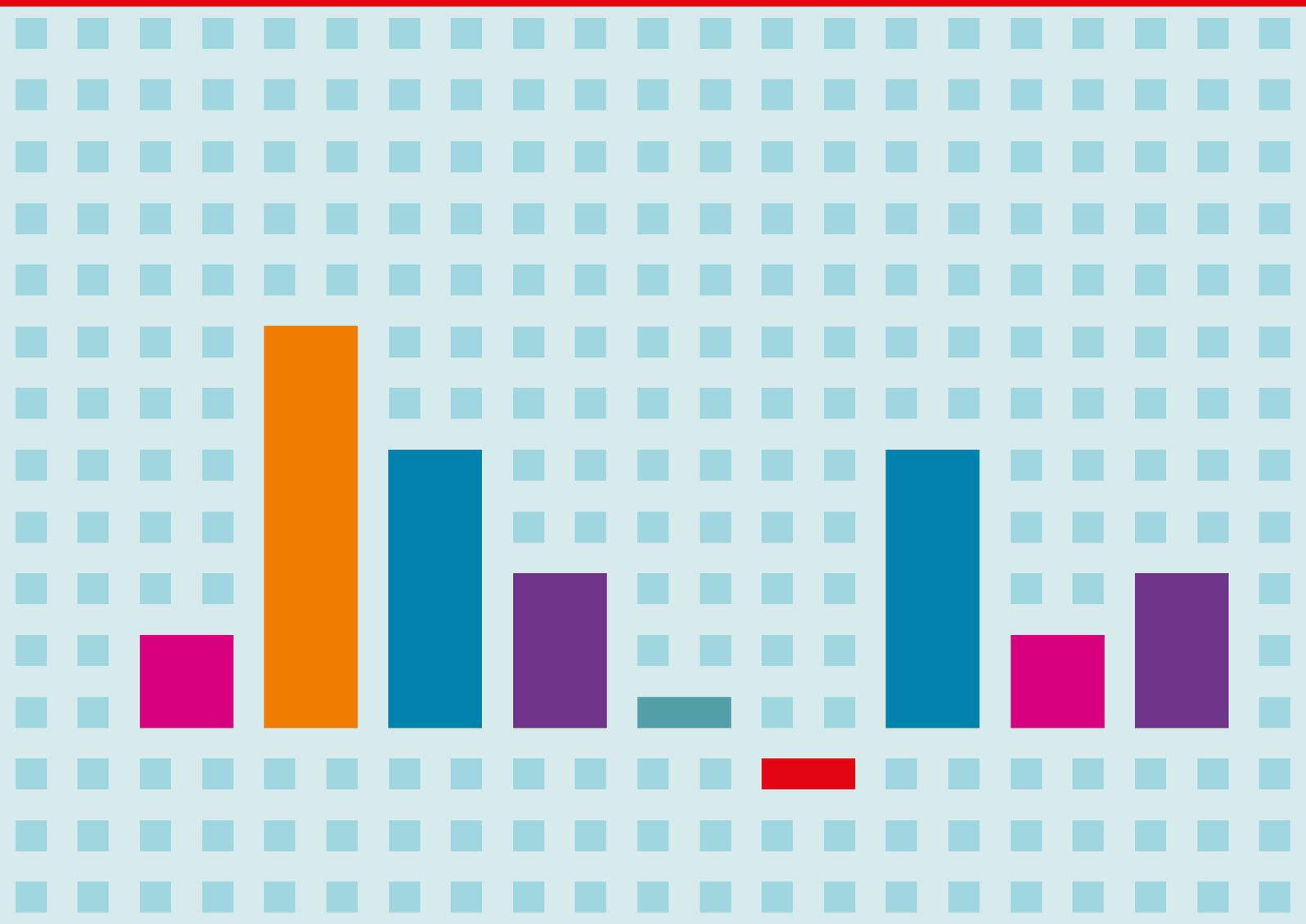
IMK Policy Brief Nr. 167 · April 2024

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

DEUTSCHER KONSUM ERHOLT SICH LANGSAM VOM ENERGIEPREISSCHOCK

Ergebnisse aus der IMK-Energiepreisbefragung Anfang 2024

Jan Behringer, Sebastian Dullien



DEUTSCHER KONSUM ERHOLT SICH LANGSAM VOM ENERGIEPREISSCHOCK

Ergebnisse aus der IMK-Energiepreisbefragung Anfang 2024

Jan Behringer¹, Sebastian Dullien²

Zusammenfassung

Die Auswertung der vierten Welle der IMK-Energiepreisbefragung zeigt: Die Belastung des Privatkonsums durch den historisch einmaligen Energiepreisschock aus den Jahren 2022 und 2023 nimmt langsam ab. So hat die wahrgenommene Inflationsrate mit dem tatsächlichen Rückgang der Teuerung deutlich abgenommen, wenn auch eine gewisse Trägheit in der Wahrnehmung zu beobachten ist und die aktuelle Inflation noch überschätzt wird. Zugleich hat auch der Anteil der Haushalte, die sich durch hohe Energiepreise bei verschiedenen Energieträgern belastet fühlen, seit der vorherigen Befragungswelle zur Jahreswende 2022/23 deutlich abgenommen. Lediglich bei Strom ist das Belastungsempfinden weiter hoch. Als Folge äußerte ein deutlich geringerer Anteil als noch vor einem Jahr, sich beim Konsum weiter einschränken zu wollen. Dies lässt auf eine allmähliche Konsumerholung im Laufe des Jahres schließen.

¹ Referatsleitung Makroökonomie der Einkommensverteilung, Jan-Behringer@boeckler.de

² Wissenschaftlicher Direktor, Sebastian-Dullien@boeckler.de

Einleitung

Nach der russischen Invasion in die Ukraine und der Unterbrechung russischer Gaslieferungen hat Deutschland 2022 und 2023 einen Energiepreisschock in einer historisch bislang einmaligen Größenordnung erlebt. Als Konsequenz ist die Inflation auf ein 70-Jahreshoch von zeitweise fast 9 Prozent gestiegen, was insbesondere Haushalte mit geringen bis mittleren Einkommen stark belastet hat. Zwar hat die Bundesregierung mit mehreren Entlastungspaketen sowie der Einführung von Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme mit einem Gesamtvolumen von gut 100 Mrd. Euro reagiert. Insgesamt haben diese Maßnahmen aber nicht ausgereicht, um einen Rückgang des privaten Konsums zu vermeiden. Vielmehr schrumpfte der private Verbrauch im Jahr 2023 um 0,7 Prozent und war damit einer der Hauptgründe, warum auch das deutsche Bruttoinlandsprodukt in dem Jahr zurückging. Die Energiepreisbefragungen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (siehe Kasten) hatten im Jahr 2022 und zur Jahreswende 2022/23 bereits frühzeitig die damalige Konsumschwäche angezeigt (Behringer und Dullien 2022) und ebenfalls dargelegt, dass ein Teil der Entlastungspakete nur unvollständig von den Menschen in Deutschland wahrgenommen worden war (Behringer et al. 2022).

Inzwischen sind die Energiepreise im Großhandel wieder deutlich gefallen und auch bei den Endpreisen für Energie für die Privathaushalte zeichnet sich ein Rückgang ab. Die Inflation ist mittlerweile wieder in die Nähe des Ziels der Europäischen Zentralbank von 2,0 Prozent gefallen. Der vorliegende Policy Brief verwendet nun Daten aus einer neuen Welle der IMK-Energiepreisbefragung, um abzuschätzen, wie sich die Belastung der Bevölkerung in Deutschland über das Jahr 2023 entwickelt hat, inwieweit die Menschen die wieder fallenden Energiepreise als Entlastung wahrnehmen und inwieweit sie planen, ihren Konsum sowohl für Energie als auch für andere Konsumgüter in den kommenden Monaten zu verändern.

Diese Frage ist umso wichtiger, als dass die Konsumreaktion der Menschen in Deutschland 2022 und 2023 allem Anschein nach nicht nur durch den Energie- und Nahrungsmittelpreisschock geprägt war, sondern auch durch eine große Verunsicherung. Üblicherweise würde man bei einem Energiepreisschock erwarten, dass zwar der Konsum zurückgeht. Zugleich sollte aber auch die Sparquote fallen, weil die Menschen versuchen, ihren Lebensstandard trotz gestiegener Kosten aufrecht zu erhalten. Von Haushalten mit regelmäßiger Ersparnis würde man erwarten, dass sie bei einem Anstieg der Kosten für essenzielle Güter wie Heizenergie und Nahrungsmittel zumindest einen Teil dieser Mehrkosten durch einen Rückgang der Ersparnis ausgleichen. Dies war 2023 nicht zu beobachten. Vielmehr lagen die Sparquoten der Haushalte ab dem 2. Quartal über den Vorjahreswerten. Die Haushalte haben also ihren Konsum nicht nur im Rahmen der Mehrkosten für Energie und Nahrungsmittel zurückgefahren, sondern sich darüber hinaus weiter eingeschränkt. Eine Abkehr von diesem Verhalten ist notwendig, wenn der private Konsum in den kommenden Quartalen – wie von vielen Prognosen angenommen – zur Konjunkturstütze werden soll.

IMK-Energiepreisbefragung

Die IMK-Energiepreisbefragung ist eine repräsentative Befragung von Personen in Deutschland, die im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) durchgeführt wurde. Diese beinhaltet zum jetzigen Zeitpunkt vier Befragungswellen und erfasst die Haushaltssituation von Personen im Alter von 18 bis 75 Jahren. Im vorliegenden Policy Brief wurden Daten aus allen vier Befragungswellen verwendet. In einer ersten Erhebung wurden im Zeitraum vom 24. Mai bis 31. Mai 2022 rund 3.800 Personen befragt, in einer zweiten Erhebung vom 19. August bis 31. August 2022 wurden rund 2.200 Personen aus diesem Personenkreis erneut befragt, und in einer dritten Erhebung vom 6. Dezember bis 21. Dezember 2022 noch einmal rund 1.600 Personen. In der vierten Erhebung wurden im Zeitraum vom 15. Januar bis 7. Februar 2024 rund 9.600 Personen befragt. Die Befragung wurde als computer-gestützte Online-Befragung (Computer Assisted Web Interviewing, CAWI) umgesetzt. Die Stichprobe basiert auf einer Quotenstichprobe im Rahmen eines Online-Access-Panels. Dabei wurde die strukturelle Zusammensetzung der Befragten anhand von festgelegten Quoten nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bundesland und Haushaltseinkommen abgebildet. Das bedeutet, dass eine Stichprobe erhoben wurde, die die Bevölkerung Deutschlands entsprechend dieser Merkmale adäquat abbildet.

Entwicklung und Wahrnehmung der Inflation in Deutschland

Unmittelbar zu Beginn des Befragungszeitraums im Januar 2024 hatte das Statistische Bundesamt die Jahresrate der Inflation für das Jahr 2023 mit 5,9 Prozent veröffentlicht und die monatliche Inflationsrate für Dezember 2023 mit 3,7 Prozent bestätigt. Insbesondere der Monatswert stellte damit einen deutlichen Rückgang von der Hochinflationsphase seit Mitte 2021 dar (siehe Abbildung 1). Etwa zur Mitte des Befragungszeitraums wurde zudem die erste Schnellschätzung für die Inflation im Januar 2024 mit 2,9 Prozent veröffentlicht.

Wir haben die Teilnehmenden an der Umfrage im Januar/Februar 2024 wie schon jeweils im Mai, August und Dezember 2022 gefragt, wie hoch die Inflationsrate in den letzten zwölf Monaten in Deutschland war. In der jüngsten Umfrage im Januar/Februar 2024 schätzte der Median der Befragten die Inflation auf 6 Prozent (Mittelwert 6,5 Prozent).³ Dieser Wert liegt sehr nahe an der berichteten Jahresrate für 2023, aber deutlich über den Monatswerten für Dezember und Januar. Bei der Interpretation der Umfrageergebnisse stellt sich das Problem, dass die Formulierung der Frage nach der wahrgenommenen Inflation aus Sicht der Befragten sowohl die Angabe der Jahresrate als auch der Monatsjahre plausibel erscheinen lässt.⁴

In unserer Umfrage lag der Wert der wahrgenommenen Inflation nun sehr nahe bei der Jahresrate für 2023, aber deutlich über den Monatsraten für Dezember und Januar. Selbst wenn man

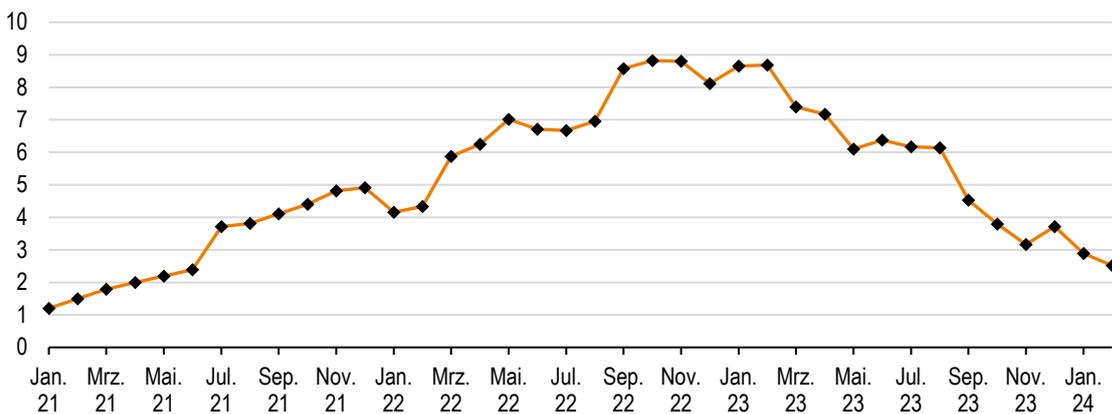
³ In Anlehnung an die Methodik der Deutschen Bundesbank wurden für die Berechnung der oben berichteten Werte zu den Inflationswahrnehmungen von Privatpersonen ausschließlich Antworten zwischen -12 Prozent und +12 Prozent berücksichtigt. Eine Änderung der Abschneidegrenzen etwa auf -24 Prozent und +24 Prozent hat keine nennenswerten Auswirkungen auf die berichteten Werte.

⁴ Die Formulierungen der Fragen zur Inflationswahrnehmung und -erwartung orientieren sich an der Studie zu Erwartungen von Privatpersonen in Deutschland der Deutschen Bundesbank (Bundesbank-Online-Panel-Haushalte).

von einer leichten Überschätzung der Inflation am aktuellen Rand ausgeht, ist in den Befragungsdaten somit ein deutlicher Rückgang der wahrgenommenen Inflation zu beobachten. Im Dezember 2022 hatte der Median der Befragten die Inflation auf 10 Prozent (Mittelwert 9,3 Prozent), im August auf 7,5 Prozent (Mittelwert 7,1 Prozent) und im Mai auf 7 Prozent (Mittelwert 6,3 Prozent) geschätzt.⁵

Die Befragten berichteten in der jüngsten Umfrage auch von rückläufigen Inflationserwartungen für die kommenden zwölf Monate. Wie in den vorherigen Befragungen lagen die Inflationserwartungen sehr nahe an der wahrgenommenen Inflation. So gab der Median der Befragten im Januar/Februar 2024 an, eine Teuerung von 5 Prozent (Mittelwert 5,2 Prozent) zu erwarten. Im Dezember 2022 hatte der Median der Befragten noch eine Inflation von 8 Prozent (Mittelwert 8,4 Prozent) erwartet. Insgesamt deuten diese Werte auf einen im Jahresvergleich kontinuierlich abgenommenen Inflationsdruck hin, der auch von den Menschen in Deutschland so wahrgenommen wurde.

Abbildung 1: Verbraucherpreise Deutschland
Veränderung zum Vorjahresmonat in %



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IMK.



Gefühlte Belastung durch Energiepreise

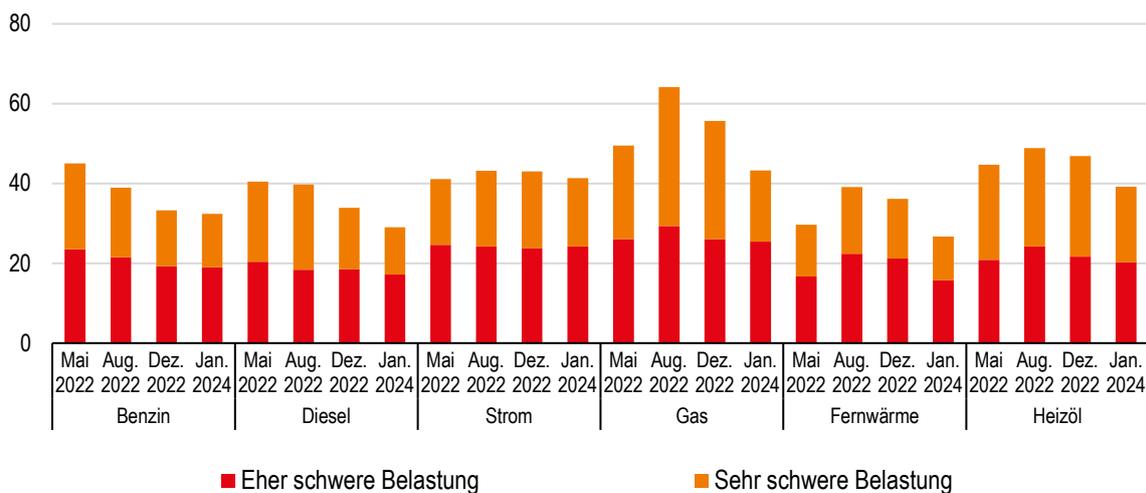
Bereits im Jahr 2022 hatten wir die Teilnehmenden an der Umfrage gefragt, inwiefern die gestiegenen Energiepreise (differenziert nach Benzin, Diesel, Strom, Gas, Fernwärme und Heizöl) für ihren Haushalt eine finanzielle Belastung darstellen. Dabei hatte sich gezeigt, dass die gefühlte Belastung durch die gestiegenen Preise für Haushaltsenergie in der Bevölkerung in Deutschland zwischen Mai und August 2022 deutlich zugenommen hat. Insbesondere der starke Anstieg der Gaspreise war von einer Mehrheit der Befragten mit Gasheizung als eine schwere finanzielle Belastung wahrgenommen worden (Behringer et al. 2022). Zwischen August und Dezember 2022 hatte das Belastungsempfinden für einzelne Energieträger wieder leicht abgenommen, was

⁵ Zu beachten ist bei Interpretation der früheren Befragungsergebnisse, dass der Verbraucherpreisindex Anfang 2023 deutlich revidiert wurde und nach Neuberechnung nun die Inflation zu ihrem Höhepunkt im Oktober 2022 lediglich 8,8 Prozent statt der zuvor berichteten mehr als 10 Prozent betragen hat.

einerseits auf den Preisverlauf und andererseits auf die Ankündigung der Einführung der Gaspreisbremse zurückzuführen sein dürfte (Behringer und Dullien 2023).

Zum Jahresbeginn 2024 wurden die Teilnehmenden an der Umfrage nun erneut zu ihrer derzeitigen gefühlten Belastung befragt. Abbildung 2 stellt die subjektiv wahrgenommene finanzielle Belastung der Haushalte durch die seit 2021 gestiegenen Energiepreise dar. Die Angaben beziehen sich jeweils auf Haushalte mit einem Energieverbrauch in der entsprechenden Kategorie. Somit werden etwa für die Kategorie Benzin bzw. Diesel nur Angaben jener Haushalte berücksichtigt, die Kraftfahrzeuge nutzen.

Abbildung 2: Finanzielle Belastung infolge steigender Energiepreise
Angaben in %

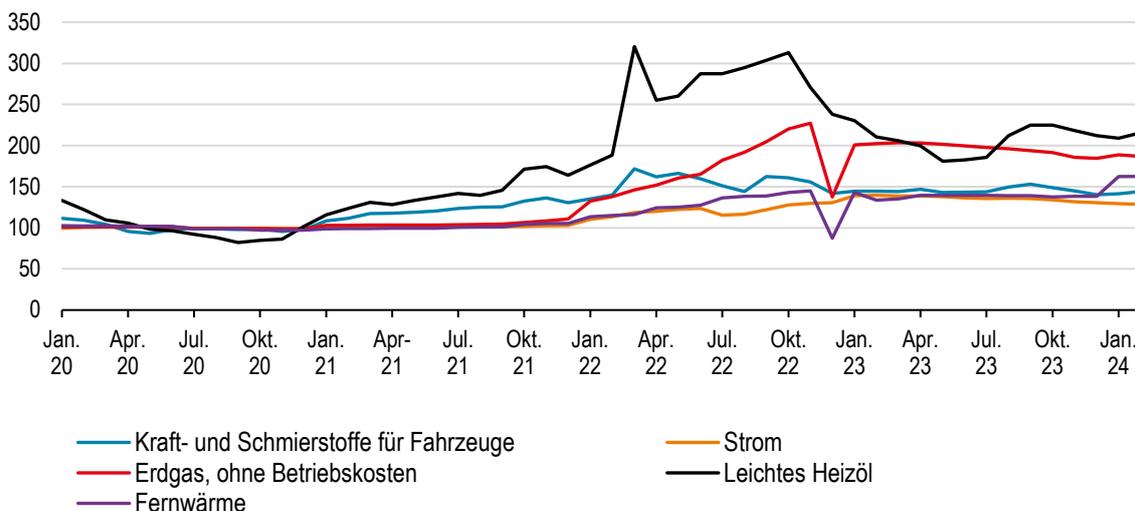


Quellen: Energiepreisbefragung des IMK, Berechnungen des IMK, gewichtete Werte.



Unsere Umfrage verdeutlicht, dass die seit 2021 gestiegenen Energiepreise für einen Teil der Bevölkerung in Deutschland zwar nach wie vor finanziell spürbar belastend sind. Allerdings hat die gefühlte Belastung bei einzelnen Kategorien gegenüber dem Jahr 2022 merklich abgenommen. So berichteten Anfang 2024 rund 43 Prozent der Haushalte von einer „eher schweren“ oder „sehr schweren“ finanziellen Belastung durch die Gaspreise. Im Dezember 2022 betrug der Anteil noch rund 56 Prozent, und im August 2022 sogar rund 64 Prozent. Ebenfalls abgenommen hat die gefühlte Belastung durch die hohen Preise für Fernwärme und Heizöl. Während zum Jahresende 2022 noch rund 36 bzw. 47 Prozent der befragten Haushalte angaben, dass Mehrkosten durch höhere Preise für Fernwärme und Heizöl für sie eine „eher schwere“ oder „sehr schwere“ finanzielle Belastung darstellen, betrug der Anteil bei der jüngsten Befragung rund 27 bzw. 39 Prozent. Die finanzielle Belastung durch Strompreise wird seit Beginn der Befragung im Mai 2022 von einem annähernd konstanten Anteil der Befragten (rund 41 Prozent) als schwer wahrgenommen. Bei den Kategorien Benzin und Diesel hat sich die gefühlte finanzielle Belastung gegenüber Dezember 2022 ebenfalls nicht merklich verändert.

Abbildung 3: Verbraucherpreise ausgewählter Energieträger
Index 2020=100



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IMK.



Die empfundenen Belastungen decken sich gut mit dem Preisverlauf der einzelnen Energieträger bis zum Befragungszeitraum. Die Preise für Heizöl, Erdgas und Fernwärme lagen im Dezember 2023 spürbar unter den jeweiligen Preishöhepunkten und unter den bei der vorherigen Befragung bekannten Werten (siehe Abbildung 3). Der erneute Preisanstieg bei Fernwärme im Januar und Februar 2024, der durch das vorzeitige Auslaufen der Preisbremse zum Jahresbeginn 2024 verursacht wurde, dürfte dagegen von einem großen Teil der Haushalte noch nicht wahrgenommen worden sein, weil die Statistiken dazu noch nicht veröffentlicht waren und die Entscheidung der Bundesregierung zum Auslaufen der Preisbremsen erst spät im Dezember gefallen war. Es ist vorstellbar, dass die Befragten zu einem späteren Zeitpunkt andere Angaben gemacht hätten. Die Ergebnisse der dritten Welle der Energiepreisbefragung haben gezeigt, dass die Einführung der Preisbremsen Ende 2022 zu einem Rückgang der wahrgenommenen Belastungen geführt hat (Behringer und Dullien 2023). Insofern ist es plausibel anzunehmen, dass die Abschaffung und der daraus folgende Preiseffekt auch zu einem erneuten (wenn auch wegen des begrenzten Preiseffekts leichten) Anstieg der empfundenen Belastung führt.⁶

Geplante Änderungen im Konsumverhalten

Zum Rückgang der gefühlten Belastung passen auch die Antworten auf die Frage, inwieweit die Menschen planen, ihren privaten Verbrauch zu ändern. Die Teilnehmenden an der Umfrage wurden in jeder der vier Wellen gefragt, inwieweit sie planen, in den kommenden zwölf Monaten ihren Konsum von anderen Gütern und Dienstleistungen zu ändern. Dabei konnten die Befragten

⁶ Bei der Interpretation der Befragungsergebnisse ist zudem zu beachten, dass sich die Angaben auf die gefühlte Belastung durch die seit 2021 gestiegenen Energiepreise beziehen. Das Belastungsempfinden durch Preisänderungen von anderen Gütern und Dienstleistungen (wie etwa den ebenfalls stark gestiegenen Nahrungsmittelpreisen) kann davon abweichen.

zwischen den Antworten „mehr kaufen“, „in etwa gleich viel kaufen“ und „weniger kaufen“ wählen.⁷ Anhand dieser Angaben haben wir einen Indikator zu den Konsumplänen berechnet. Der Indikator ergibt sich aus dem Saldowert der geplanten Änderungen im Konsumverhalten. Der Saldowert ist die Differenz der Prozentanteile der Antworten „mehr kaufen“ und „weniger kaufen“.⁸ Die Wirkung der Preisänderung bei Energie und Lebensmitteln auf den privaten Konsum lässt sich anhand der Umfragedaten zwar nicht quantifizieren. Allerdings erlaubt die Umfrage, eine Einschätzung der Reaktion der privaten Haushalte in ihrem Konsumverhalten für verschiedene Konsumkategorien vorzunehmen. Folgende Kategorien möglicher Güter und Dienstleistungen für eine Verhaltensanpassung wurden dabei in Anlehnung an die Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) abgefragt:

- a) Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und Ähnliches
- b) Bekleidung und Schuhe
- c) Wohnungsinstandhaltung
- d) Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände
- e) Verkehr und Mobilität
- f) Freizeit, Unterhaltung und Kultur
- g) Gaststätten- und Restaurantbesuche
- h) Reisen und Urlaub

In unserer jüngsten Umfrage zeigt sich die Konsumstimmung in der Bevölkerung verbessert, so dass in den kommenden Monaten eine moderate Erholung des privaten Konsums zu erwarten ist. Der Indikator zu den Konsumplänen liegt bei allen abgefragten Kategorien auf dem höchsten Niveau seit Beginn der Befragung im Mai 2022 (siehe Abbildung 4). Insbesondere bei den Kategorien Freizeit, Unterhaltung und Kultur sowie Wohnungsinstandhaltung nimmt die Anschaffungsneigung spürbar zu. Hier verbessert sich der Konsumindikator um 18 bzw. 17 Punkte gegenüber Dezember 2022. Bei den Kategorien Reisen und Tourismus, Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, sowie Bekleidung und Schuhe verzeichnet die Anschaffungsneigung ebenfalls deutliche Zuwächse. In diesen Kategorien gewinnt der Indikator zu den Konsumplänen jeweils mehr als 10 Punkte hinzu. Die Verbesserung im Konsumindikator ist darauf zurückzuführen, dass der Anteil der Befragten, die angaben, „weniger kaufen“ zu wollen, bei allen abgefragten Kategorien gegenüber Dezember 2022 zurückgegangen ist. Gleichzeitig hat auch der Anteil der Befragten, die „mehr kaufen“ wollen, zugenommen. Die Befragten äußerten zuletzt also nicht nur seltener Pläne zum Konsumverzicht als noch vor einem Jahr, sondern gaben auch häufiger an, ihren Konsum in den kommenden Monaten ausweiten zu wollen.

⁷ In der Umfrage wurde den Teilnehmenden die Möglichkeit gegeben, bei einer geplanten Reduktion bzw. Erhöhung diese weiter in „etwas weniger bzw. mehr kaufen“ und „bedeutend weniger bzw. mehr kaufen“ zu differenzieren. Für die Berechnung der Saldenwerte wurden die Antworten zu den Kategorien „mehr kaufen“ und „weniger kaufen“ aggregiert.

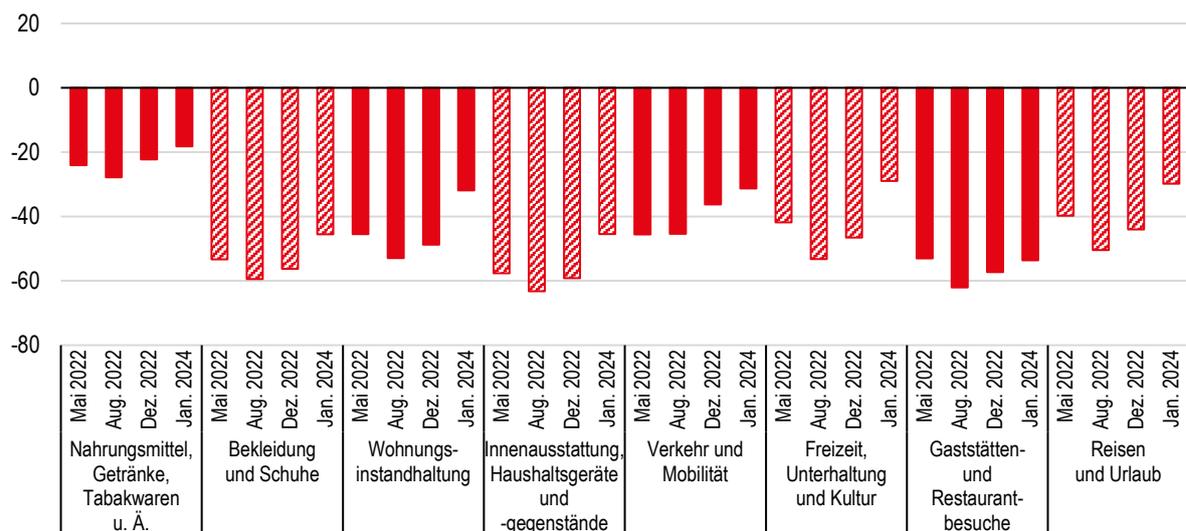
⁸ Erläuterung zur Berechnung der Saldenwerte: Angenommen, von 100 befragten Personen planen 50 Prozent, in den kommenden zwölf Monaten in etwa gleich viel zu kaufen wie in den letzten zwölf Monaten, 30 Prozent planen mehr zu kaufen und 20 Prozent planen weniger zu kaufen. Die Befragten, die in etwa gleich viel kaufen wollen, beeinflussen das Ergebnis des Konsumindikators nicht. Die Anteile der Befragten, die eine Konsumänderung planen, werden hingegen saldiert. Im vorliegenden Beispiel ergibt sich somit ein Wert von 10 Punkten. Der Saldo kann zwischen den Werten -100 (d.h. alle Befragten planen weniger zu kaufen) und +100 (d.h. alle Befragten planen mehr zu kaufen) liegen.

Hervorzuheben sind die Kategorien Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren u. Ä. sowie Gaststätten- und Restaurantbesuche. Zwar zeigen sich die Befragten in ihren Konsumplänen auch bei diesen Kategorien weniger zurückhaltend als noch zum Jahresende 2022. Im Vergleich zu den anderen Kategorien fallen die Änderungen im Konsumindikator mit weniger als fünf Punkten aber deutlich geringer aus. Dabei dürfte diese verhaltene Reaktion in den beiden Kategorien unterschiedliche Gründe haben: Bei der Kategorie Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren u. Ä. hatte in den vorherigen Umfragen im Vergleich zu den anderen Kategorien nur ein geringer Anteil der Befragten angegeben, die Ausgaben einschränken zu wollen. Damit ergibt sich jetzt ein geringeres Potenzial für eine Korrektur dieser Sparpläne.

Bei der Kategorie Gaststätten- und Restaurantbesuche dürfte eine Rolle spielen, dass mit der Rückkehr des Mehrwertsteuersatzes auf den Verzehr von Speisen in der Gastronomie zum Jahresbeginn 2024 von sieben Prozent auf 19 Prozent die Gaststätten- und Restaurantpreise zuletzt deutlich stärker als die Preise insgesamt gestiegen sind und die Menschen darauf mit einem anhaltenden Konsumverzicht in dieser Kategorie reagieren.

Abbildung 4: Geplante Änderungen im Konsumverhalten

Saldo in Prozentpunkten



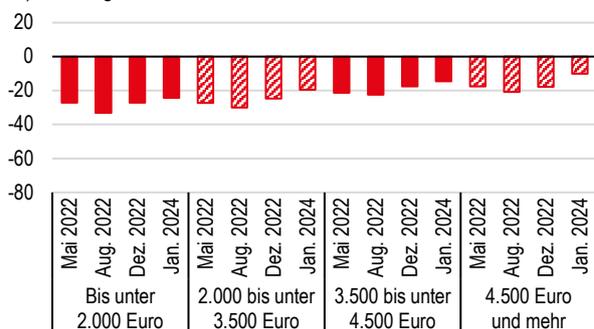
Quellen: Energiepreisbefragung des IMK, Berechnungen des IMK, gewichtete Werte.



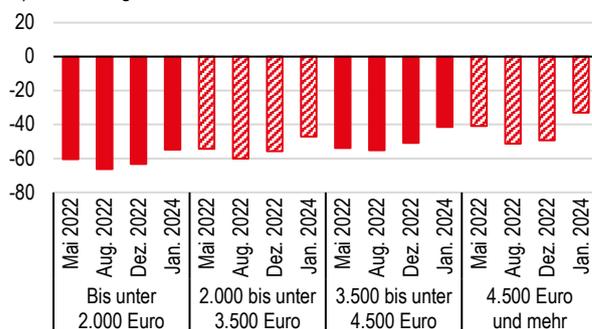
Die Verbesserung der Konsumstimmung zeigt sich über alle Einkommensgruppen hinweg (siehe Abbildung 5). Nachdem vor allem Haushalte mit einem Einkommen von unter 2.000 Euro in den vorherigen Wellen besonders häufig Pläne zur Konsumzurückhaltung geäußert hatten, verzeichnet der Konsumindikator auch in dieser Einkommensgruppe zuletzt ein deutliches Plus, insbesondere bei den Kategorien Wohnungsinstandhaltung, Freizeit, Unterhaltung und Kultur, Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände sowie Reisen und Tourismus. Allerdings fallen die Zuwächse des Konsumindikators unter den Haushalten mit einem Einkommen von unter 2.000 Euro geringer aus als unter Haushalten mit einem Einkommen ab 4.500 Euro. Auch ist zu beachten, dass gerade für Haushalte mit geringeren Einkommen der Konsumindikator immer noch stark im negativen Bereich liegt. Dieses Muster zieht sich durch alle abgefragten Konsumkategorien.

Abbildung 5: Geplante Änderungen im Konsumverhalten nach Einkommensgruppen
Saldo in Prozentpunkten

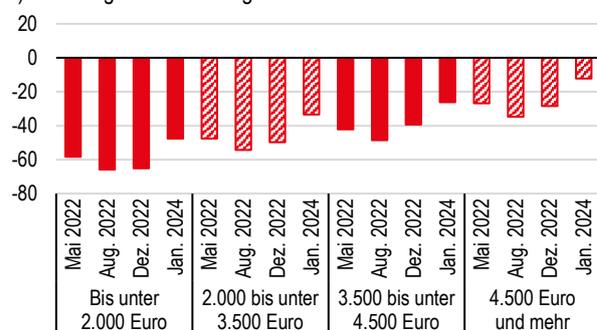
a) Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren u. Ä.



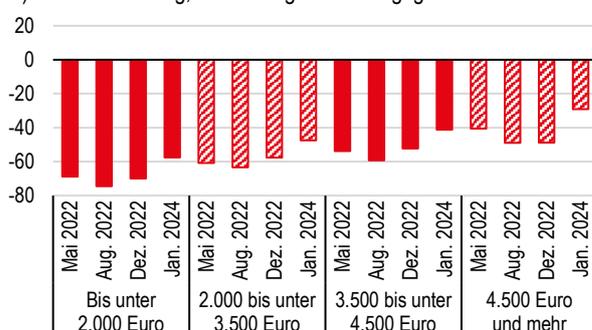
b) Bekleidung und Schuhe



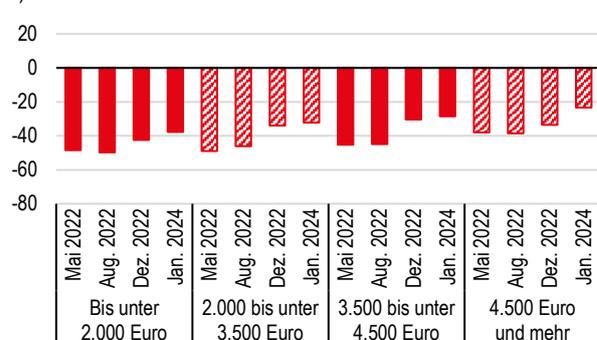
c) Wohnungsinstandhaltung



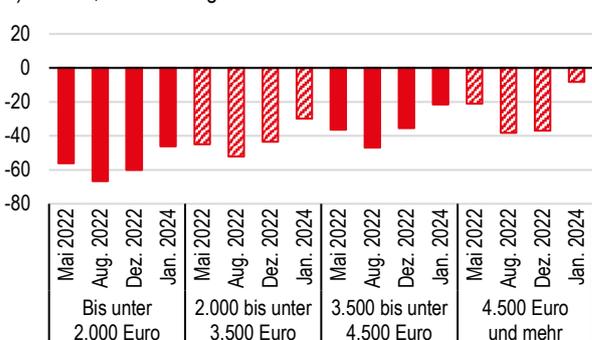
d) Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände



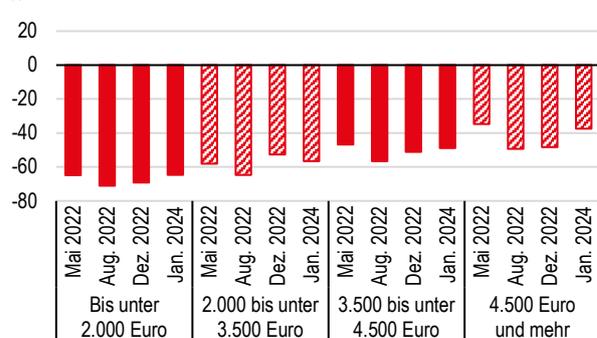
e) Verkehr und Mobilität



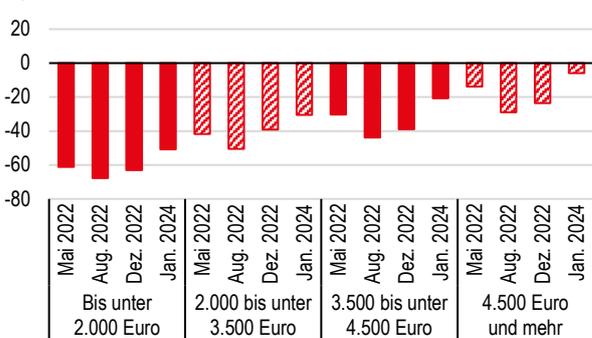
f) Freizeit, Unterhaltung und Kultur



g) Gaststätten- und Restaurantbesuche



h) Reisen und Urlaub



Quellen: Energiepreisbefragung des IMK; Berechnungen des IMK; gewichtete Werte.



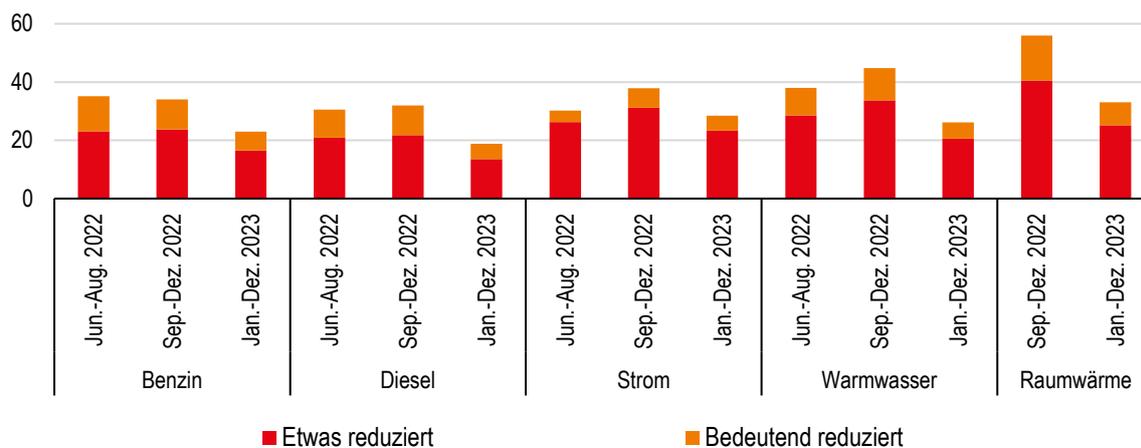
In der Summe dürfte die gestiegene Anschaffungsneigung in weiten Teilen der Bevölkerung darauf hindeuten, dass sich der private Konsum in den kommenden Monaten bei weiter rückläufiger Inflation, verbesserten Realeinkommen und somit einer gestärkten Kaufkraft wieder etwas beschleunigen sollte. Gleichzeitig deuten die relativ geringere Verbesserung und das weiter niedrige Niveau des Konsumindikators bei Haushalten mit geringeren Einkommen auf eine anhaltend hohe finanzielle Belastung dieser Gruppe durch die gestiegenen Preise und damit reduzierte Realeinkommen hin. Hier dürfte eine Rolle spielen, dass insbesondere Haushalte mit geringen Einkommen über weite Phasen der jüngsten Hochinflationsepisode 2021 bis 2023 aufgrund ihres spezifischen Warenkorbes deutlich stärker von der Teuerung betroffen waren als Haushalte mit hohen Einkommen (Dullien und Tober 2023, 2024).

Bisherige und geplante Änderungen im Energieverbrauch

Die Teilnehmenden an der Umfrage wurden außerdem gefragt, inwiefern sich der Energieverbrauch in ihrem Haushalt von Januar bis Dezember 2023 im Vergleich zum selben Zeitraum in einem üblichen Jahr geändert hat. Dabei wurde ihnen die Möglichkeit gegeben, eine Reduktion weiter abzustufen.

Abbildung 6: Bisherige Änderungen im Energieverbrauch

Angaben in %



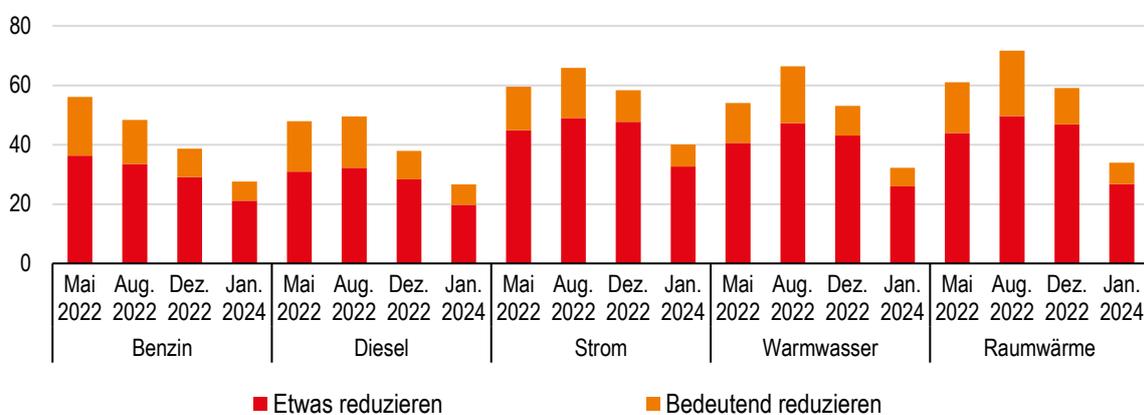
Quellen: Energiepreisbefragung des IMK, Berechnungen des IMK, gewichtete Werte.



Abbildung 6 zeigt die Änderungen im Energieverbrauch für die Kategorien Benzin, Diesel, Strom, Warmwasser und Raumwärme. Die Anteile beziehen sich jeweils auf Haushalte mit einem Energieverbrauch in der entsprechenden Kategorie. Rund ein Fünftel der Befragten gab an, im vergangenen Jahr den Energieverbrauch bei Benzin (23 Prozent) bzw. Diesel (19 Prozent) „etwas reduziert“ oder „bedeutend reduziert“ zu haben. Bei der Kategorie Strom erklärten rund 28 Prozent der Befragten, sie hätten ihren Verbrauch reduziert und beim Warmwasserverbrauch rund 26 Prozent. Bei den genannten Kategorien berichteten die Befragten somit deutlich seltener Einsparungen vorgenommen zu haben als noch in der zweiten Jahreshälfte 2022. Zudem gab bei der Kategorie Raumwärme in der jüngsten Umfrage rund ein Drittel der befragten Haushalte an, sie hätten ihren Energieverbrauch im vergangenen Jahr reduziert.

Damit liegen die tatsächlichen Einsparungen beim Energieverbrauch teilweise deutlich unter den im Dezember 2022 geäußerten Einsparplänen für die kommenden zwölf Monate (siehe Abbildung 7). Zudem haben die Haushalte bei der jüngsten Umfrage ihre Pläne zum Energiesparen deutlich angepasst. So gaben bei den Kategorien Strom und Warmwasser rund 40 bzw. 32 Prozent der befragten Haushalte an, sie würden ihren Verbrauch in den kommenden zwölf Monaten reduzieren. Zum Vergleich: Im Dezember 2022 waren es noch rund 58 bzw. 53 Prozent der Haushalte. Bei der Kategorie Raumwärme erklärten rund 34 Prozent der Haushalte, den Energieverbrauch reduzieren zu wollen, im Dezember 2022 waren es noch rund 59 Prozent der Haushalte. Gleichzeitig ging der Anteil jener, die angaben, Benzin bzw. Diesel sparen zu wollen, auf unter 28 Prozent zurück (von 38 Prozent). Dies deutet darauf hin, dass durch die niedrigeren Energiepreise der Druck, den Energieverbrauch zu senken, zuletzt deutlich abgenommen hat.

Abbildung 7: Geplante Änderungen im Energieverbrauch
Angaben in %



Quellen: Energiepreisbefragung des IMK, Berechnungen des IMK, gewichtete Werte.



Schlussfolgerungen

Insgesamt deuten die Ergebnisse der IMK-Energiebefragung 2024 darauf hin, dass die Privathaushalte zunehmend die fallende Inflationsrate und die niedrigeren Energiepreise wahrnehmen. Zugleich fühlen sich weniger Haushalte als noch vor einem Jahr stark von den Energiepreisen belastet, auch wenn nach wie vor ein großer Anteil hohe Belastungen spürt. Als Folge äußern merklich weniger Haushalte als in der Vergangenheit, dass sie ihren Konsum anderer Güter und Dienstleistungen weiter zurückfahren wollen. Stattdessen berichtet eine wachsende Zahl an Haushalten, ihren Konsum in einigen Kategorien wieder ausweiten zu wollen. Diese Daten deuten auf eine bevorstehende Konsumwende hin, insbesondere, wenn im Jahresverlauf die Inflationsrate weiter fällt und mit steigenden Nominallöhnen auch die Reallöhne nach mehreren Jahren des Rückgangs wieder steigen dürften. Zu beachten ist allerdings, dass gerade unter Haushalten mit geringeren Einkommen noch ein großer Anteil von geplanter Konsumzurückhaltung berichtet. Dies deutet darauf hin, dass die Preissteigerungen der vergangenen Jahre und die dadurch erlittenen Reallohnverluste noch einige Zeit nachwirken dürften. Bei vielen dieser Haushalte dürfte die finanzielle Situation weiter angespannt bleiben und sich der private Verbrauch deshalb trotz der Erholung nicht übermäßig dynamisch entwickeln.

Literaturverzeichnis

Behringer, J. / Dullien, S. (2022): Energiepreisschock: Besonders Geringverdiener wollen Konsum deutlich einschränken. Ergebnisse aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung. IMK Policy Brief Nr. 125.

Behringer, J. / Dullien, S. (2023): Entlastungspakete und Energiepreisbremse stabilisieren Konsum in Deutschland. Ergebnisse aus der IMK-Energiepreisbefragung. IMK Policy Brief Nr. 145.

Behringer, J. / Dullien, S. / Tober, S. (2022): Menschen in Deutschland nehmen Entlastungspakete I und II nur begrenzt wahr. Ergebnisse aus der IMK-Energiepreisbefragung. IMK Policy Brief Nr. 131.

Dullien, S. / Tober S. (2023): Inflationsmonitor Januar 2023: Deutliche Inflationsunterschiede zwischen Arm und Reich im Jahr 2022. IMK Policy Brief Nr. 144.

Dullien, S. / Tober S. (2024): Inflationsmonitor Januar 2024: Inflation sinkt von 8,7 % auf 3,7 % im Verlauf von 2023. IMK Policy Brief Nr. 163.

Impressum

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Georg-Glock-Str. 18,
40474 Düsseldorf, Telefon +49 211 7778-312, Mail imk-publikationen@boeckler.de

Die Reihe „IMK Policy Brief“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-policy-brief-15382.htm>

ISSN 2365-2098



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
Namensnennung 4.0 International (CC BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.
